Anfrage XIX. Wahlperiode 2021 - 2026

Datum Drucksachennummer

Glashütten, den 07.11.2023	690/GV/XIX	
Antragsteller	SPD & Bündnis 90 / Grüne	

Beratungsfolge	Termin	Bemerkung
Gemeindevorstand	28.11.2023	beschließend
Gemeindevertretung	14.12.2023	zur Kenntnis

Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen wegen der nicht erfolgten Beauftragung des beschlossenen Konzeptes zur Verbesserung bzw. Ergänzung des öffentlichen Personennahverkehrs (E-Shuttle on Demand)

Anfrage:

Im Rahmen der Beantwortung aller Fragen der Fraktionen zum Haushalt 2024 wurde durch das Ordnungsamt mitgeteilt, dass das vorliegende Angebot zur Erstellung eines Konzeptes für ein E-Shuttle on Demand deutlich höher liege als im Haushalt 2023 eingeplant.

Der Gemeindevorstand wird daher gebeten, unverzüglich folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Welche Leistungen wurden konkret bei der RMS GmbH angefragt und inwieweit unterscheiden sich diese von dem Angebot aus dem letzten Jahr, welches von den Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und SPD eingeholt wurde und die Grundlage für die im Haushalt 2023 eingestellten Mittel gebildet hatte?
- 2. Wie lange liegt dieses angepasste Angebot der Gemeindeverwaltung bereits vor?
- 3. Weshalb hat der Gemeindevorstand bisher keine Vorlage mit dem neuen Angebot in die Gemeindevertretung eingebracht, um die Mehrkosten als überplanmäßige Aufwendungen beschließen zu lassen (dies auch vor dem Hintergrund, dass laut Aussage des Ordnungsamtes eine Übertragung der bereitgestellten Mittel ins Folgejahr nicht möglich sei und die Maßnahme daher noch bis Ende 2023 beauftragt und abgerechnet werden müsse)?
- 4. Warum hat der Gemeindevorstand außerdem nicht die Gemeindevertretung darüber in Kenntnis gesetzt, dass gemäß jenem Angebot nun weitere Planungsschritte erforderlich seien, damit über die Aufnahme der dort angegebenen Folgekosten in den Haushaltsplan 2024 noch rechtzeitig beraten und befunden hätte werden können?

Begründung:

Seite 2 von 2

Die neu auf den Tisch gekommenen Zahlen sind für uns gerade nicht nachzuvollziehen und auch nicht mit allgemeinen Preissteigerungen zu erklären. Ebenso wenig verstehen wir die gesamte Verzögerung in dieser Sache und die nicht erfolgte Kommunikation durch den Gemeindevorstand. Nachdem die Beauftragung eines Konzeptes für das E-Shuttle on Demand in der Folge von längeren und intensiveren Debatten letztendlich zum mehrheitlich politischen Willen wurde, hätte der Angelegenheit ab Genehmigung des Haushaltes 2023 zwingend Priorität eingeräumt werden müssen – insbesondere, wenn der Verwaltung bekannt war, dass es für die Abwicklung nur ein begrenztes Zeitfenster gibt.